



EU-Energiapolitik: Oettinger als trojanisches Pferd?

**Europäischen Ökostrom-Förderung als Attacke gegen die erneuerbaren Energien.
Die GRÜNEN fürchten um das deutsche EEG und die deutsche Ökostrombranche.**

Das deutsche Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) ist weltweit eines der erfolgreichsten Gesetze zur Förderung von erneuerbaren Energien. Es hat in Deutschland maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen und bedeutende Investitionen in diesen Sektor herbeigeführt, die Deutschland bei vielen Technologien zum weltweiten Marktführer haben werden lassen.

Weil die Atom- und Kohle Lobby den Aufstieg der Erneuerbaren Energieanbieter verhindern will, schlägt Herr Oettinger (CDU) vor, das Erneuerbare-Energien-Gesetz über Brüssel auszuhebeln. Oettinger will die Förderpolitik „europaweit harmonisieren“. Das heißt praktisch: den Vorrang für die Erneuerbaren beim Netzzugang abschaffen, die dezentrale Förderung der Erneuerbaren behindern, Erneuerbare Energien aus Großprojekten der marktbeherrschenden Versorger.

Diese Politik belohnt die Klimasünder und blockiert die grüne Energiewende. Eine EU-weite Harmonisierung die unsere Strompreise der Manipulation durch Spekulanten ungeschützt ausliefert und die Taschen der Großinvestoren sowie Stromhändler füllt. Haushalte und Mittelständische Unternehmen bekommen bald unbezahlbare Energiepreise; Großunternehmen dagegen, die mehrheitlich von den Großinvestoren und Spekulanten kontrolliert werden, erhalten konkurrenzlose Billigtarife.

Die Energiewende Europas braucht ambitionierte nationale Fördersysteme. Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein bedeutender Wachstumsmotor. Es schafft Arbeit, ist der schnellste Weg zur Energiewende – und investiert in die deutsche Energiezukunft.

Das deutsche EEG – und warum die Energiekonzerne es zerstören wollen

Das von Klaus Töpfer (CDU) in den 1990 Jahren erstellte und Anfang 2000 von Jürgen Trittin (Grüne) stark verbesserte [EEG](#) ist das weltweit erfolgreichste Gesetz zur Förderung von erneuerbaren Energien. Es hat nach Angaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in den letzten Jahren [340.000 Arbeitsplätze](#) geschaffen. Das ist mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Stand von 2004 und liegt deutlich höher als die bisherigen Schätzungen.

Das EEG hat in Deutschland vor allem auch zu einer Senkung der Marktzugangsschwelle für Investitionen in die Energieproduktion geführt. Statt wie bisher üblich konzentriert sich Energieversorgung nun nicht ausschließlich auf weltweit agierende Konzern, hunderte von Stadtwerken sowie auch Hunderttausende von Bürgern bekommen dezentrale und unabhängige Energieversorgung.

Hintergrund dafür sind insbesondere die folgenden zwei wesentliche Faktoren des Gesetzes:

- Garantierte Einspeisepreise über eine längere Laufzeit für den Strom aus Erneuerbaren; dies garantiert dem Investor eine solide Refinanzierungsaussicht und mindert Kapitalkosten, weil die Banken wegen des garantierten Einspeisepreises ein geringes Risiko eingehen, wenn sie einem Investor Kredit gewähren.
- Vorrang für erneuerbaren Strom; Strom aus erneuerbaren Energien hat Vorrang bei der Netzeinspeisung. Dieses Prinzip ist die Basis für Stromerzeugung aus dem teilweise volatilen Angebot von erneuerbaren Energiequellen. Damit wird garantiert, dass Erneuerbare - deren Produktion beispielsweise von Wind und Sonneneinstrahlung abhängt - dann eingespeist werden können, wenn sie in großen Mengen produziert werden und nicht von Kohle, Gas und Atomstrom verdrängt werden. Im

Gegensatz zu Letzteren ist die Stromerzeugung aus Erneuerbaren außerdem CO₂ frei. Es ist daher logisch, dass Erneuerbare bevorzugt verbraucht werden müssen, um CO₂ Emissionen zu reduzieren und so den Klimawandel einzudämmen.

Der dadurch ausgelöste Boom bei den Erneuerbaren ist allerdings den 4 großen deutschen Energiekonzernen – die 85% des Stroms in Deutschland erzeugen - ein Dorn im Auge, denn die Erneuerbaren fangen an, ihnen auf die Füße zu treten. Die Strompreise an der Börse sinken, dadurch und durch den Einspeisevorrang vermindern sich die Gewinne der Uralkraftwerke. Der Umstieg auf Erneuerbare bringt für RWE, E.ON & Co. nicht die Gewinnmargen wie mit den subventionierten Atomkraftwerken. Die Lage wird für die 4 großen zunehmend bedrohlich. Aus dem Schwitzkasten „Kosten für den Atomausstieg in Deutschland“ wurden sie vorübergehend befreit. Jetzt steht der zweite Streich zur Rettung ihres Geschäftsmodells an: die Erneuerbaren aus Deutschland heraus zu halten. Ein eleganter Weg wäre, die Erneuerbaren nach Brüssel abzuschleppen und dort kalt zu stellen.

Die EU-Erneuerbaren Richtlinie und warum die Energiekonzerne verstimmt sind

2008 wurde auf EU-Ebene eine neue [Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien](#) verabschiedet (RL 2009/28/EG). Diese Richtlinie sieht nicht nur vor, dass die EU ihren Anteil an erneuerbaren Energien bis 2020 auf mindestens 20% verdoppeln soll, sondern führt auch verbindliche nationale Ziele für den Anteil der Erneuerbaren am Energiemix für die einzelnen Mitgliedsländer ein. Die Richtlinie baut zur Zielerfüllung auf gestärkte nationale Fördersysteme und einen neuen Ansatz zur grenzüberschreitenden Förderung von erneuerbaren Energien: den so genannten Kooperationsmechanismen mit denen die Mitgliedsstaaten bspw. gemeinsame Projekte fördern und auf ihre Ziele anrechnen können (Artikel 6-11 der Richtlinie). Außerdem sieht die Richtlinie vor, dass Strom aus Erneuerbaren in ganz Europa Vorrang genießen wird (damit bleibt auch in Deutschland der Vorrang für erneuerbare Energien bestehen).

Die erfolgreiche Umsetzung der Richtlinie hat zur Folge, dass 70% aller Investitionen in Stromproduktionsanlagen der EU bis 2020 in Wind, Wasser, Biomasse und Solaranlagen erfolgen müssen und so der Umbau der Energiewirtschaft - weg von Kohle und Atom, hin zu Erneuerbaren - entscheidend beschleunigt wird. Auch dies ist den deutschen Kohle- und Atomkonzernen ein Dorn im Auge.

Kommissar Oettinger und die Oligopolisierung der Europäischen Energiepolitik

Bei der Nominierung von Günther Oettinger (CDU) zum neuen Energiekommissar im Dezember 2009 waren die Grünen skeptisch. Insbesondere die bekannte Nähe des Kommissars zu den Chefetagen der deutschen Energiekonzerne – besonders zu Herrn Grossmann, RWE – machte sie vorsichtig.

Es dauerte dann auch nicht lange, bis Kommissar Oettinger den Diskurs der deutschen Energiekonzerne übernahm: Die Nutzung der Sonnenenergie (durch die Bürger) in Deutschland sei unrentabel, die sollte vielmehr in der Wüste (durch die großen Energiekonzerne) erfolgen. Die Windkraftnutzung an Land (durch eine Vielzahl von Investoren) sei uninteressant, das sollte besser draußen in der Nordsee (durch die Energiekonzerne) erfolgen. Überhaupt sollte der Ausbau nicht mehr in Industrieländern wie Deutschland erfolgen.

Zur Illustration, ein aktuelles Beispiel vom 20. November 2010 während des Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland in Erfurt. Nach einer [Pressemitteilung](#) der Europa-Union, sagte EU Kommissar Günther Oettinger: Zentrales Element für die notwendige energiepolitische Wende in Europa sei zwingend eine grenzüberschreitende EU-Energiepolitik. Im Bereich der erneuerbaren Energien müsse man beispielsweise national geprägte Fehlentwicklungen korrigieren und europäische Chancen nutzen, so Oettinger: "Solaranlagen müssen zukünftig dort entstehen, wo die Sonne scheint und Windkraftanlagen dort, wo es Wind gibt." In Deutschland sei das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zwar eine Erfolgsgeschichte, nun gehe es aber darum, zügig eine "sanfte Landung" zu gestalten, forderte Oettinger. Anstatt die Erneuerbaren-Ziele im deutschen Energiekonzept zu begrüßen, nannte Oettinger sie zu ambitioniert für ein großes Industrieland.

Aus Rhetorik wird politische Strategie: Oettingers Plan zur Zerstörung des EEG

Was rhetorisch "mit sanfter Landung" angesprochen wird, wird in Brüssel hinter verschlossenen Türen weitaus gezielter vorgebracht. Kommissar Oettinger will nämlich bereits in 2011 einem neuen Vorschlag zur EU-weiten Harmonisierung der Förderung der erneuerbaren Energien einbringen und so das EEG zu Fall bringen.

Politisch soll das ganze wie folgt abgewickelt werden:

- November 2010: Oettinger schlägt im Kommissionsdokument "[EU-Energiestrategie 2020](#)" vor, die nationalen Fördersysteme (wie das EEG) zu harmonisieren und einen europaweiten Handel mit Erneuerbaren einzuführen. Dazu soll die EU-Erneuerbare Richtlinie bereits 2011 revidiert werden,

obwohl diese gerade erst 2009 in Kraft getreten war.

- Februar 2011: Die EU-Staatschefs sollen auf ihrem "Energiegipfel" den Vorschlag, die nationalen erneuerbaren Fördersysteme zu harmonisieren, begrüßen und Kommissar Oettinger damit freie Hand zur Abwicklung der nationalen Fördersysteme geben.
- März 2011: EU-Kommissar Oettinger möchte Details seiner Pläne im Papier zur Finanzierung der Erneuerbaren bekannt geben.
- vor Sommer 2011: Vorschlag zur sogenannten Harmonisierung der Erneuerbaren Fördersysteme durch Kommissar Oettinger
- Winter 2011: Die konservativ-liberale deutsche Bundesregierung kann das EEG auf Basis der sogenannten "Höheren Gewalt aus Brüssel" abschaffen.

Der erste Schritt ist bereits gelungen: Oettinger macht die Harmonisierung der Erneuerbaren Fördersysteme zu einem Hauptpunkt der EU-Energiestrategie 2020 und kündigte überraschend eine Überprüfung der Erneuerbaren Richtlinie bereits in 2011 an: "Der Rechtsrahmen muss ordnungsgemäß durchgesetzt werden (...). Die Auswirkungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie sollen ab 2011 bewertet werden, um die Richtlinie soweit nötig strenger zu fassen oder zu erweitern. (...) Die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien wird noch eine Zeitlang auf Förderregelungen angewiesen sein. Die Kommission muss das Ihrige tun, um zu gewährleisten, dass diese nachhaltig sind, mit dem technologischen Fortschritt in Einklang stehen und weder Innovation noch Wettbewerb behindern. Sie muss jedoch auch das erforderliche Maß an Konvergenz oder Harmonisierung der nationalen Regelungen sicherstellen, da sich der Markt für erneuerbare Energien wandelt und eine Entwicklung von der lokalen Ebene hin zu einer grenzüberschreitenden Versorgung vollzieht. Im Hinblick darauf sollten die Anforderungen an einen europaweiten Handel mit erneuerbaren Energien auf der Grundlage der besten erprobten Verfahren festgelegt werden. (...)"

Für seinen Ansatz wird Oettinger ausdrücklich vom Bundesverband für Energie- und Wasserwirtschaft ([BDWE](#)) gelobt: "Es ist richtig, dass die EU-Kommission eine Verbindung zwischen der Verwirklichung des Binnenmarkts und dem Ausbau der erneuerbaren Energien herstellt. Der BDEW begrüßt, dass die Kommission ankündigt, 2011 zu prüfen, ob die Erneuerbaren Richtlinie im Vollzug auch tatsächlich die gewünschten Erfolge zeitigt und anderenfalls nachzufassen." und weiter "Der BDEW bestärkt und unterstützt die Kommission darin, für mehr Effizienz und Konvergenz der Fördermechanismen zu sorgen."

Der erneute Harmonisierungsvorstoß des Kommissars ist eine Zumutung:

a) institutionell

Statt sich auf seine Rolle des "Hüters der Verträge" - und damit auch der Umsetzung von beschlossenen Richtlinien - zu konzentrieren, will Oettinger noch bevor die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wird (erst zum 5. Dezember 2010), das Paket der gerade erst beschlossene Erneuerbaren Richtlinie schon wieder aufschnüren. Das ist eine Zumutung gegenüber den 27 EU-Regierungen und dem Europäischen Parlament, die der Richtlinie erst Anfang 2009 mit großer Mehrheit zugestimmt haben.

b) politisch

Zur Erinnerung: Die EU-Kommission hatte gerade erst im Rahmen der Verhandlungen zu der neuen EU-Richtlinie zu Erneuerbaren Energien in 2007/2008, einen EU-weites Fördersystem vorgeschlagen basierend auf einem Handel mit Erneuerbaren Energien gefordert (Quotenmodell mit Zertifikatehandel, sogenannten Guarantee of Origin, GO), welche die nationalen Fördersysteme ersetzen sollten. Die EU-Mitgliedsländer und das Europäische Parlament haben diesen Vorschlag nach intensiver Diskussion und auf der Basis mehrerer Gutachten und Rücksprache mit Experten einstimmig abgelehnt, weil es für die europäischen Verbraucher teurer geworden wäre und die Mitgliedstaaten kein Mittel mehr gehabt hätten, um den Umbau ihrer Energieversorgung langfristig und kosteneffizient zu gestalten und ihre nationalen Erneuerbaren-Ziele zu erreichen. Auch das europäische Parlament (unter Federführung des Grünen Abgeordneten Claude Turmes, Luxemburg) lehnten diesen Vorschlag mit großer Mehrheit ab.

Harmonisierung führt zu Mehrkosten für die Verbraucher bis zu 90 Mrd. €

"Ende der Alleingänge – Ökostrom könnte im EU-Handel deutlich billiger werden", so resümiert die Welt in einem Artikel vom 6. Dezember 2010 das Hauptargument von Kommissar Oettinger. Und weiter: "Nach Berechnungen europäischer Wissenschaftler könnten bis zum Jahr 2020 rund 100 Milliarden Euro gespart werden, wenn etwa Sonnenkraft aus Südeuropa und Windkraft von der Nordsee europaweit vertrieben würde."

Welche Wissenschaftler dies behaupten verheimlicht die Kommission. Klar ist jedoch, dass das Oettinger

Kabinetts und der Kommissar selbst sich stark auf die Ergebnisse einer [Studie des in Köln ansässigen Energiewirtschaftlichen Instituts](#) (EWI) stützen: Die EWI Studie „European RES-E Policy Analysis“ wurde mit viel Aufsehen und Aufwand im März 2010 veröffentlicht und hatte Kosteneinsparungen durch ein EU-weites Quotenmodell mit Zertifikatehandel von 118-174 Mrd. € kumuliert bis 2020 errechnet. Was als neutrale Studie präsentiert wird, ist bei näherem Hinsehen nicht ganz unschuldig: Die EWI Studie, die unter anderem vom BDEW, RWE und E.ON in Auftrag gegeben und finanziert wurde, ist in Deutschland mit viel Geld und großem Aufwand unter Vertretung von Politik und Medien gebracht. Sie übersieht Barrieren wie den Netzausbau und verschweigt die alles entscheidenden Kosten für die Verbraucher. Dass die Studie vom BDEW, von RWE, Vattenfall, E.ON und anderen in Auftrag gegeben wurde, wird in der englischen [Vollversion der Studie](#) nicht mehr erwähnt.

Eine [detaillierte Kritik](#) zu den Zahlen und Annahmen der EWI – Studie wurde bereits im Rahmen eines EU-Projektes erstellt und liegt Kommissar Oettinger vor. Darin kommen mehrere europäische Energiewissenschaftler unter Leitung der TU Wien und des Fraunhofer ISI zu dem Schluss, dass die Grundlagen für die angeblich günstigere Variante eines EU-weit harmonisierten Systems in der EWI-Studie auf teils abenteuerlichen Annahmen basieren. So wird bei EWI, um die Kosten für ihre Variante im Vergleich zu drücken, davon ausgegangen, dass in Irland der Anteil der Windkraft an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 von heute, rund 10% auf über 90% hochschnellen wird. Wie das vor Ort realisierbar sein soll und wo entsprechende Stromleitungen verlaufen könnten, um diesen Strom in die übrigen EU-Länder zu exportieren, bleibt offen. Außerdem soll nach der EWI-Studie PV einen Beitrag für das 20% Ziel leisten, aber die Kosten für die PV-Förderung werden anscheinend nicht eingerechnet. PV fällt als billige Technologie einfach vom Himmel.

Die Gegenstudie kommt zu dem Schluss, dass in einem EU-weiten Fördersystem aufgrund der Stromgewinnung an den besten Standorten Einsparungen von gerade einmal 7-28 Mrd. € bis 2020 denkbar sind, das aber auch nur bei den Kosten für die Stromerzeugung. Was EWI verschweigt sind die Kosten des Fördersystems, also die Kosten für die Verbraucher. Für die europäischen Verbraucher und die Industrie wird es nämlich deutlich teurer, und zwar bis zu 90 Mrd. €. Wie kann das sein? Ein Zertifikatehandel wäre ein sogenanntes Grenzkosten – System, bei dem die Höhe der Vergütung einheitlich für alle am Markt festgelegt ist,

d.h. der einheitliche Marktpreis für das Erneuerbare-Zertifikat wird durch die letzte, teuerste Kilowattstunde erneuerbarer Energie in der EU bestimmt. Der schlechtesten Standort oder die teuerste Technologie macht den Preis für alle. Das System führt einzig dazu, die Gewinne der günstigen Technologien an den besten Standorten künstlich nach oben zu treiben.

Gewinner wären die großen Energieversorger. Sie erhalten künstliche Zusatzgewinne und nebenbei werden ihnen noch die Konkurrenten vom Hals geschafft, denn der Zertifikatehandel führt zu volatilen Preisen und Investitionsrisiken, die regelmäßig nur die großen Energieversorger schultern können. Diese verlagern den Ausbau dann dorthin, wo es ihnen nicht weh tut. Im Fall von E.ON & RWE also raus aus Deutschland. Das Energiekonzept der Bundesregierung verkäme zu einer Farce.

Milliardengewinne haben sich auch die Energiehändler versprochen, insbesondere die Europäische Föderation der Energiehändler ([EFET](#)). EFET war und ist einer der stärksten Protagonisten für ein [EU-weites Handelsmodell mit „Erneuerbaren-Zertifikaten“](#), da hier die Konzerne und Händler einen für sie lukrativen Handel organisieren könnten, bei dem die Erneuerbare quer durch Europa virtuell und meistbietend verkauft werden. Die nationalen Fördersysteme verhindern das bislang, da sie die Förderhöhe nach Standorten und Technologien zuschneiden, um dadurch künstliche Spekulationsgewinne zu Lasten der Verbraucher zu vermeiden.

Die europäischen Energiehändler sind deshalb verstimmt. Sie haben eine [Beschwerde](#) gegen die Erneuerbare Richtlinie eingereicht. Sie wird in diesen Tagen allerdings mit großer Wahrscheinlichkeit von der Europäischen Kommission abgelehnt.

Warum Oettinger jetzt erneut ein solches EU-weites Handelsmodell ins Spiel bringt, obwohl die Mehrkosten für die Verbraucher auf dem Tisch liegen, darüber lässt sich nur spekulieren.

Die Harmonisierungsdiskussion schadet Zukunftsprojekten wie DESERTEC

Kommissar Oettinger behauptet, dass die Umsetzung von Desertec und die Integration von Energieimporte aus Drittländern nur durch eine Harmonisierung der Fördersysteme für Erneuerbare ermöglicht werden kann. Die Welt schreibt dazu am

6. Dezember: „Zudem denkt Brüssel über eine Kooperation mit Drittländern nach, vor allem in Nordafrika.“

Vorreiter ist hier DESERTEC, ein Solarstromprojekt, das in der nordafrikanischen Wüste geplant ist und im Jahr 2050 rund 15 Prozent des europäischen Strombedarfs decken soll (...). In diesem Zusammenhang steht auch die Harmonisierung der gesetzlichen Förderung für Öko-Energie".

Die Grünen stehen dem [DESERTEC](#) Projekt zur Nutzung von Wind und Solarkraft in Nordafrika durchaus aufgeschlossen gegenüber. Allerdings muss man die Mengen und die Zeitpunkte von größeren Stromimporten aus diesen Gegenden realistisch einschätzen:

- Die Investitionsmengen bis 2020 für die Kapazitäten die mit DESERTEC und anderen Projekten generiert werden sollen, werden auf höchstens 500 bis 1000 Megawatt geschätzt.
- eine wesentliche Schlüsselfrage für DESERTEC ist der europaweite Netzausbau. Hierauf müssen wir uns konzentrieren.
- Gerade um Projekte wie DESERTEC zu befördern, ist in der bestehenden EU-Richtlinie eine spezielle Kooperation zwischen EU- und Drittländern (Artikel 9 der Richtlinie) vorgesehen. Diese muss genutzt werden und die Mitgliedstaaten arbeiten bereits an Überlegungen. Einer Neufassung der Richtlinie bedarf es dazu daher nicht.

Dieser Fakt sollte sowohl dem Kommissar als auch der DESERTEC Industrieinitiative (DII) bekannt sein. DII und Kommissar Oettinger bestehen trotzdem vehement auf einer Neufassung der EU-Richtlinie. Bewusst riskieren diese damit, dass das EEG und andere erfolgreiche nationale Fördersysteme, die für den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren in Europa notwendig sind, Schaden nehmen. Das schadet letztlich auch dem Projekt DESERTEC, denn diese Diskussion bringt die Mitgliedstaaten gegen das Projekt in Stellung.

Ein interessantes Detail ist die Personalie des neuen Vorsitzenden der DII, [Paul von Son](#): Son ist vor allem dadurch bekannt, dass er als [Vorsitzender der Europäischen Energiehändler](#) ein entschiedener Gegner des EEG und der aktuellen EU-Erneuerbaren Richtlinie war, gegen die er [Beschwerde](#) eingereicht hat. Paul von Son hatte vorher bei einem niederländischen RWE Ableger gearbeitet und wurde 2009 an die Spitze von DII berufen. Es ist also kein Zufall, dass ausgerechnet DII für eine EU-weite Harmonisierung eintritt, obwohl das für ihre Projekte nicht erforderlich ist.

Der Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit werden vorgeschoben, um die Erneuerbaren anzuhalten

In der Kommissionsmitteilung für eine Energiestrategie 2011-2020 heißt es, dass sichergestellt sein muss, dass die Erneuerbaren bis 2020 voll ökonomisch wettbewerbsfähig sind. Dazu müssen aber vor allem die externen Umweltkosten über den Emissionshandel in die Energiepreise einbezogen werden. Der Emissionshandel liegt aber gegenwärtig am Boden, weil aufgrund der Wirtschaftskrise eine Schwemme an ungenutzten Zertifikaten auf dem Markt ist. Das Kabinett Hedegaard bemüht sich seit einiger Zeit intensiv, dieser Misere abzuwehren durch Anhebung des 2020 Emissionsziels von 20% auf 30%. Am heftigsten sperrt sich dagegen der Energiekommissar. Auch der Binnenmarkt wird immer wieder gern bemüht, um die Fördersysteme für Erneuerbare Energien einzustampfen. Dabei haben wir bereits einen Binnenmarkt für Erneuerbare Energien. Der aus erneuerbaren Energien erzeugte physikalische Strom wird frei im europäischen Markt gehandelt, ohne Grenzkontrolle. Die Grenzen dafür sind woanders zu suchen: im fehlenden Netzausbau und dem zu geringen Wettbewerb auf dem Strommarkt. Die nationalen Fördersysteme greifen in den Stromhandel nicht ein. Sie sind lediglich Instrumente der Mitgliedstaaten, um ihre Energieerzeugungsstruktur und ihren Energiemix zu bestimmen, eine Aufgabe, die ihnen der Lissabonvertrag zuweist. Übrigens: Energiekommissar Oettinger hat mehrfach betont, sich in die Hoheit der Mitgliedstaaten zur Festlegung ihres Energiemixes und ihrer Energieerzeugungsstruktur nicht einzumischen. Warum soll das ausgerechnet bei den Erneuerbaren nicht gelten? Sollen diese nicht zum zukünftigen Energiemix gehören?

Widerstand gegen Oettinger, erste Reaktionen des Europäischen Parlaments und der Mitgliedsstaaten

Das Europäische Parlament hat im November die Strategie der Energiekonzerne und von EFET durchkreuzt: Bei den Diskussionen und Abstimmungen zu dem Bericht "Energiestrategie 2020" wurden die von BDEW und DESERTEC II über die Europäische Volkspartei (Partei der CDU/CSU Fraktion und ihrer europäischen Schwesterparteien) eingereichten Änderungsanträge zum Bereich "Erneuerbare", im Industrie-Ausschuss abgelehnt oder so umgebaut, dass sie jetzt klarstellen, dass das Europäische Parlament gegen eine kurzfristige Harmonisierung der nationalen Fördersysteme ist.

Auf Ebene der Regierungen haben sich während des EU-Ministerrats Anfangs Dezember folgende

Regierungen klar gegen eine Harmonisierung ausgesprochen: Spanien, Großbritannien, Frankreich, Polen, Finnland, Schweden, Slowenien, Irland, Portugal, Luxemburg.

Reaktionen der Bundesregierung

Für viele Regierungen war es überraschend, dass sich die Vertreter der Bundesregierung sowohl in der Ratsarbeitsgruppe, als auch bei dem Treffen der Energieminister, nicht zu der Harmonisierungs-Frage geäußert haben. Dabei war Deutschland mit Spanien und Polen bisher eines der Länder, das sehr konsequent das nationale EEG verteidigt hatte. Daraus wird ersichtlich, dass das deutsche Wirtschaftsministerium und Minister Brüderle Teil der Strategie der deutschen Energiekonzerne geworden sind: Während Oettinger von Grossmann und Konsorten offensiv ins Rennen gegen die Erneuerbaren und das EEG geschickt wird, soll Brüderle eine gemeinsame Position der deutschen Regierung verhindern und so Kommissar Oettinger in Deutschland den Rücken freihalten.

Bisher haben Brüderle und das Wirtschaftsministerium diesen Part erfolgreich gespielt. Der Europäische Rat im Februar wird als Hauptthema Energie und damit auch die Frage einer Harmonisierung der Erneuerbaren Fördersysteme haben. Bereiten Kanzlerin Merkel und ihre Koalitionspartner vielleicht den zweiten Teil einer Atomlaufzeitverlängerung vor? Sie sollten der deutschen Öffentlichkeit zumindest offen sagen, ob sie eine deutsche Erfolgsgeschichte mit hunderttausenden Arbeitsplätzen und einer der wenigen Hoffnungsschimmer im Kampf gegen Klimawandel und globales Ölfördermaximum jetzt im Interesse von 4 Großkonzernen an die Wand fahren.